



Deutsche Umwelthilfe



GREENPEACE



Der Parteivorsitzenden der SPD

Saskia Esken

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstraße 141

10963 Berlin

Berlin, 27.03.2025

Geschlossener Brief: Keine Aufweichung der deutschen und europäischen Klimaziele durch Artikel 6

Sehr geehrte Frau Esken,

mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass in den aktuellen Koalitionsverhandlungen zur Debatte steht, **Artikel 6 des Paris-Abkommens zu nutzen, um die deutschen und europäischen Klimaziele zu erreichen. Ein solcher Schritt würde bedeuten, dass wir vom Prinzip abrücken, unsere Klimaziele durch nationale Anstrengungen zu erfüllen.** Die Öffnung für Emissionsreduktionen aus dem Ausland würde die Ernsthaftigkeit unseres Klimaschutzes untergraben und die notwendigen Weichenstellungen in Industrie und Gesellschaft verhindern.

Deutschland und die EU werden bereits mit den aktuellen Klimazielen mehr als ihren für das 1,5-Grad-Limit zulässigen Anteil an den weltweiten Treibhausgasen ausstoßen. Die Messlatte für die EU-Klimapolitik hat der Europäische Klimabeirat auf 90 bis 95 Prozent weniger Treibhausgase bis 2040 gelegt - der Vorschlag der Europäischen Kommission wird damit wohl am unteren Rand des Verantwortbaren liegen. Diese Ziele müssen durch die Minderung der eigenen Emissionen erreicht werden, ohne Fremdanrechnung, da sind Wissenschaft und Paris-Abkommen glasklar. **Dieser Ansatz wäre eine ungerechte Abwälzung der eigenen Verantwortung auf andere Staaten, und ein massiver Rückschritt beim Klimaschutz sowie der zukunftsfesten Modernisierung unseres Landes.**

Auch in Bezug auf den Europäischen Emissionshandel brauchen wir klare Signale, keine Verunsicherung oder Rückschritte. Die Verknüpfung mit internationalen Gutschriften würde erhebliche Gefahren mit sich bringen. **Eine solche Regelung würde ein unklares Preissignal senden und damit die notwendige Planungssicherheit für Unternehmen untergraben.** Bereits in der Vergangenheit wurde europäischen Unternehmen im Übermaß das Recht eingeräumt, sich Emissionsminderungsgutschriften aus dem Ausland mit oft dubioser Herkunft anzurechnen, dies war einer der Gründe für die Dysfunktionalität des Emissionshandels.

Zudem sind die Regeln in Artikel 6.2 so schwach, dass nicht einmal abgesichert ist, dass die Zertifikate für tatsächliche Emissionsminderungen stehen.

Mit Ihrem bisherigen Einsatz gegen eine Öffnung für sogenannte Art.6-Zertifikate tragen Sie maßgeblich dazu bei, die Integrität der Klimaschutzziele zu wahren. **Wir begrüßen die bisherige Standhaftigkeit der Sozialdemokratie und hoffen sehr, dass Sie auch in den kommenden Verhandlungen an diesem Punkt hart bleiben.**

Wir unterstützen Sie auch in Ihren Anstrengungen, die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Die Bedarfe an internationaler Klimafinanzierung gehen weit über das hinaus, was Geber bisher leisten. Dabei ist es im deutschen Interesse, die Klimafinanzierung weiter zu erhöhen - aus geopolitischer, aus sicherheitspolitischer und aus ökonomischer Sicht. Zudem geraten nur so auch nicht-traditionelle Geber unter Druck, Klimafinanzierung beizusteuern.

Mit freundlichen Grüßen


Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR


Verena Graichen
Bundesgeschäftsführerin
Politik
BUND


Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH


Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch


Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace e.V.


Heike Vesper
Vorständin Transformation Politik & Wirtschaft
WWF Deutschland


Jörg-Andreas Krüger
Präsident
NABU

Dieser Brief geht gleichlautend auch an Ihren Co-Parteivorsitzenden Lars Klingbeil und Generalsekretär Dr. Matthias Miersch.



Dem Parteivorsitzenden der SPD
Lars Klingbeil
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Berlin, 27.03.2025

Geschlossener Brief: Keine Aufweichung der deutschen und europäischen Klimaziele durch Artikel 6

Sehr geehrter Herr Klingbeil,

mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass in den aktuellen Koalitionsverhandlungen zur Debatte steht, **Artikel 6 des Paris-Abkommens zu nutzen, um die deutschen und europäischen Klimaziele zu erreichen. Ein solcher Schritt würde bedeuten, dass wir vom Prinzip abrücken, unsere Klimaziele durch nationale Anstrengungen zu erfüllen.** Die Öffnung für Emissionsreduktionen aus dem Ausland würde die Ernsthaftigkeit unseres Klimaschutzes untergraben und die notwendigen Weichenstellungen in Industrie und Gesellschaft verhindern.

Deutschland und die EU werden bereits mit den aktuellen Klimazieln mehr als ihren für das 1,5-Grad-Limit zulässigen Anteil an den weltweiten Treibhausgasen ausstoßen. Die Messlatte für die EU-Klimapolitik hat der Europäische Klimabeirat auf 90 bis 95 Prozent weniger Treibhausgase bis 2040 gelegt - der Vorschlag der Europäischen Kommission wird damit wohl am unteren Rand des Verantwortbaren liegen. Diese Ziele müssen durch die Minderung der eigenen Emissionen erreicht werden, ohne Fremdanrechnung, da sind Wissenschaft und Paris-Abkommen glasklar. **Dieser Ansatz wäre eine ungerechte Abwälzung der eigenen Verantwortung auf andere Staaten, und ein massiver Rückschritt beim Klimaschutz sowie der zukunftsfesten Modernisierung unseres Landes.**

Auch in Bezug auf den Europäischen Emissionshandel brauchen wir klare Signale, keine Verunsicherung oder Rückschritte. Die Verknüpfung mit internationalen Gutschriften würde erhebliche Gefahren mit sich bringen. **Eine solche Regelung würde ein unklares Preissignal senden und damit die notwendige Planungssicherheit für Unternehmen untergraben.** Bereits in der Vergangenheit wurde europäischen Unternehmen im Übermaß das Recht eingeräumt, sich Emissionsminderungsgutschriften aus dem Ausland mit oft dubioser Herkunft anzurechnen, dies war einer der Gründe für die Dysfunktionalität des Emissionshandels.

Zudem sind die Regeln in Artikel 6.2 so schwach, dass nicht einmal abgesichert ist, dass die Zertifikate für tatsächliche Emissionsminderungen stehen.

Mit Ihrem bisherigen Einsatz gegen eine Öffnung für sogenannte Art.6-Zertifikate tragen Sie maßgeblich dazu bei, die Integrität der Klimaschutzziele zu wahren. **Wir begrüßen die bisherige Standhaftigkeit der Sozialdemokratie und hoffen sehr, dass Sie auch in den kommenden Verhandlungen an diesem Punkt hart bleiben.**

Wir unterstützen Sie auch in Ihren Anstrengungen, die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Die Bedarfe an internationaler Klimafinanzierung gehen weit über das hinaus, was Geber bisher leisten. Dabei ist es im deutschen Interesse, die Klimafinanzierung weiter zu erhöhen - aus geopolitischer, aus sicherheitspolitischer und aus ökonomischer Sicht. Zudem geraten nur so auch nicht-traditionelle Geber unter Druck, Klimafinanzierung beizusteuern.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR

Verena Graichen
Bundesgeschäftsführerin
Politik
BUND

Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH

Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch

Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace e.V.

Heike Vesper
Vorständin Transformation Politik & Wirtschaft
WWF Deutschland

Jörg-Andreas Krüger
Präsident
NABU

Dieser Brief geht gleichlautend auch an Ihre Co-Parteivorsitzende Saskia Esken und Generalsekretär Dr. Matthias Miersch.



GREENPEACE



Dem Generalsekretär der SPD
Dr. Matthias Miersch
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Berlin, 27.03.2025

Geschlossener Brief: Keine Aufweichung der deutschen und europäischen Klimaziele durch Artikel 6

Sehr geehrter Herr Dr. Miersch,

mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass in den aktuellen Koalitionsverhandlungen zur Debatte steht, **Artikel 6 des Paris-Abkommens zu nutzen, um die deutschen und europäischen Klimaziele zu erreichen. Ein solcher Schritt würde bedeuten, dass wir vom Prinzip abrücken, unsere Klimaziele durch nationale Anstrengungen zu erfüllen.** Die Öffnung für Emissionsreduktionen aus dem Ausland würde die Ernsthaftigkeit unseres Klimaschutzes untergraben und die notwendigen Weichenstellungen in Industrie und Gesellschaft verhindern.

Deutschland und die EU werden bereits mit den aktuellen Klimazieelen mehr als ihren für das 1,5-Grad-Limit zulässigen Anteil an den weltweiten Treibhausgasen ausstoßen. Die Messlatte für die EU-Klimapolitik hat der Europäische Klimabeirat auf 90 bis 95 Prozent weniger Treibhausgase bis 2040 gelegt - der Vorschlag der Europäischen Kommission wird damit wohl am unteren Rand des Verantwortbaren liegen. Diese Ziele müssen durch die Minderung der eigenen Emissionen erreicht werden, ohne Fremdanrechnung, da sind Wissenschaft und Paris-Abkommen glasklar. **Dieser Ansatz wäre eine ungerechte Abwälzung der eigenen Verantwortung auf andere Staaten, und ein massiver Rückschritt beim Klimaschutz sowie der zukunftsfesten Modernisierung unseres Landes.**

Auch in Bezug auf den Europäischen Emissionshandel brauchen wir klare Signale, keine Verunsicherung oder Rückschritte. Die Verknüpfung mit internationalen Gutschriften würde erhebliche Gefahren mit sich bringen. **Eine solche Regelung würde ein unklares Preissignal senden und damit die notwendige Planungssicherheit für Unternehmen untergraben.** Bereits in der Vergangenheit wurde europäischen Unternehmen im Übermaß das Recht eingeräumt, sich Emissionsminderungsgutschriften aus dem Ausland mit oft dubioser Herkunft anzurechnen, dies war einer der Gründe für die Dysfunktionalität des Emissionshandels.

Zudem sind die Regeln in Artikel 6.2 so schwach, dass nicht einmal abgesichert ist, dass die Zertifikate für tatsächliche Emissionsminderungen stehen.

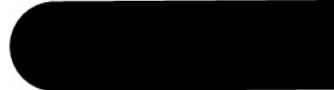
Mit Ihrem bisherigen Einsatz gegen eine Öffnung für sogenannte Art.6-Zertifikate tragen Sie maßgeblich dazu bei, die Integrität der Klimaschutzziele zu wahren. **Wir begrüßen die bisherige Standhaftigkeit der Sozialdemokratie und hoffen sehr, dass Sie auch in den kommenden Verhandlungen an diesem Punkt hart bleiben.**

Wir unterstützen Sie auch in Ihren Anstrengungen, die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Die Bedarfe an internationaler Klimafinanzierung gehen weit über das hinaus, was Geber bisher leisten. Dabei ist es im deutschen Interesse, die Klimafinanzierung weiter zu erhöhen - aus geopolitischer, aus sicherheitspolitischer und aus ökonomischer Sicht. Zudem geraten nur so auch nicht-traditionelle Geber unter Druck, Klimafinanzierung beizusteuern.

Mit freundlichen Grüßen


Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR


Verena Graichen
Bundesgeschäftsführerin
Politik
BUND


Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH


Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch


Martin Kaiser
Geschäftsführender
Vorstand
Greenpeace e.V.


Heike Vesper
Vorständin Transformation
Politik & Wirtschaft
WWF Deutschland


Jörg-Andreas Krüger
Präsident
NABU

Dieser Brief geht gleichlautend auch an Ihre Parteivorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil.